

Nicaragua ist nicht Venezuela

MATEO CAYETANO JARQUÍN



Ein Gegner des Regimes von Daniel Ortega, der während des Marsches 'Masaya florecerá' ('Masaya wird gedeihen') mit der nicaraguanischen Flagge getarnt war (Managua, 12 Juli 2018). MARVIN RECINOS/GETTY

Um zu verhindern, dass Nicaragua das neue Venezuela wird, muss man die Unterschiede zwischen den beiden Ländern verstehen und den Spielraum, der heute für die internationale Vermittlung in der nicaraguanischen Krise besteht.

Bis vor kurzem sah das autoritäre Regime von Präsident Daniel Ortega in Nicaragua unvergänglich aus. Diese Illusion verschwand im April, als sich die betäubte Bevölkerung massiv ge-

gen Ortega und seine Bestrebungen wandte, sich und seine Familie an der Macht zu verewigen. Die politische Sackgasse, die durch die gigantische Welle von Protesten – und vor allem durch die brutale Unterdrückung des Regimes – entstanden ist, hat zu einer der schwersten Menschenrechtskrisen in der jüngsten Geschichte Lateinamerikas geführt.

Viele fragen sich, ob Nicaragua den gleichen Weg einschlagen wird wie Venezuela, wo sich eine politische und humanitäre Krise trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft seit Jahren verschärft. Angesichts der engen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern aufgrund ihrer politischen Rhetorik und der angeblichen Beibehaltung einer Vision des Sozialismus in Lateinamerika sowie der Bedeutung der venezolanischen Krise auf hemisphärischer Ebene ist die Frage berechtigt. Nicaragua ist jedoch nicht Venezuela. Die Art des autoritären Regimes, das von der Familie Ortega errichtet wurde, sowie das politische und wirtschaftliche Modell, auf dem es basiert, unterscheidet sich vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, der von Hugo Chávez eingeleitet wurde. Daher unterscheidet sich die Krise in Nicaragua von der der Regierung des derzeitigen Präsidenten von Venezuela, Nicolás Maduro, und sollte im Kontext ihrer Besonderheiten interpretiert werden. Da Nicaragua nicht über die geografische Lage und die natürlichen Ressourcen Venezuelas verfügt, sind die Risiken einer Verlängerung der Krise im mittelamerikanischen Land ebenso einzigartig wie die Chancen für eine positive Rolle der internationalen Gemeinschaft.

Sozialismus des 21. Jahrhunderts?

Der Wahlsieg der Frente Sandinista por la Liberación Nacional (FSLN) im Jahr 2006 wurde fälschlicherweise als Teil der so genannten ‚rosa Welle‘ linker Regierungen aufgefasst, die Mitte dieses Jahrzehnts die lateinamerikanische Wahllandschaft erfasste. Insbesondere war Ortega nach der Einbeziehung Nicaraguas in die Bolivarische Allianz der Völker unseres Amerikas (ALBA) im Jahr 2007 mit den populistischen Führern der daran beteiligten Länder verbunden.

Während jedoch Chávez, Evo Morales und Rafael Correa nach der Erringung neuer Mehrheiten aufgrund der verbreiteten Ablehnung der stagnierende Parteiensysteme an die Macht kamen, errang Ortega keine neue Mehrheit. Sein Sieg resultierte vielmehr aus der Festigung des bestehenden Zwei-Parteien-Systems Nicaraguas. 1999 unterzeichnete der damalige Oppositionsführer eine Vereinbarung mit dem Präsidenten und Führer der Liberalen Partei, Arnaldo Alemán, wonach die FSLN und ihr rechter Rivale ein Duopol der staatlichen Wahl- und Justizorgane ausübten und die Entstehung anderer politischer Kräfte wirksam blockierten. Im Gegenzug für die rechtliche Verschonung von Alemán [von einer Verurteilung wegen Korruption] reformierten sie das Wahlgesetz, indem sie die Schwelle für einen Sieg in der ersten Runde auf 35% senkten. Diese Änderung ermöglichte Ortegas Sieg im Jahr 2006, nach der Spaltung der Rechten, mit einem geringeren Prozentsatz der Stimmen (38%) als bei seinen vorherigen Niederlagen.

Noch wichtiger ist, dass Ortega 2006 kein grundlegend neues politisches Programm vorgelegt hat. Tatsächlich versuchte er nicht einmal, die Koalition von Arbeitern, Intellektuellen und fortschrittlicher Bourgeoisie wieder aufzubauen, die die sandinistische Regierung während des revolutionären Jahrzehnts der 80er Jahre unterstützt hatte. Stattdessen baute der Ortegaismus Allianzen mit seinen ehemaligen konterrevolutionären Feinden in der Wirtschaftselite und den religiösen Hierarchien des Landes auf. Im Gegenzug für die Unterstützung großer Unternehmensgruppen vertiefte Ortega das von früheren Regierungen etablierte neoliberale

Modell. Die Politik wurde in Übereinstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) umgesetzt und vermied jeden Versuch, die Wirtschaft auf struktureller Ebene durch Agrar- oder Steuerreformen oder durch die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien zu verändern. Die Verbindung mit Venezuela trug dazu bei, dieses Bündnis zu festigen, da das südamerikanische Land zu einem bevorzugten Markt für nicaraguanische Exporte wurde, und die massive boliviarische Zusammenarbeit gab einen zusätzlichen Impuls für eine Wirtschaft, die damals stärker als die der meisten mittelamerikanischen Nachbarn wuchs.

Um der katholischen Kirche und den Evangelikalen näher zu kommen, wandelte Ortega die FSLN – deren Ursprung im Marxismus-Leninismus liegt – in eine christliche Partei um. Als Zeichen der Gläubigkeit änderte seine Regierung Gesetze, um die therapeutische Abtreibung zu kriminalisieren, ein Recht, das fast anderthalb Jahrhunderte zuvor eingeführt worden war. Konservative Eliten unterstützten die Regierung stillschweigend im Austausch für Stabilität und eine für ihre Interessen günstige Politik. Diese Stabilität wurde durch die Erosion der demokratischen Institutionen bezahlt.

Unmittelbar nach der Rückkehr an die Macht begann die FSLN, Wahlen zu manipulieren, die Zivilgesellschaft und die unabhängigen Medien zu schikanieren und alle Straßendemonstrationen zu unterdrücken. Um die verfassungsmäßigen Sperren für die Wiederwahl bei den Präsidentschaftswahlen 2011 zu beseitigen, konsultierte Ortega das Volk nicht, wie es Chavez und Morales in einem Referendum taten. Er ging zur Justiz, die er kontrollierte, und diese beschloss, dass die Verfassung, indem sie keine Wiederwahl zuließ, die Menschenrechte des Präsidenten verletzte. Für die Wahlen 2016 griff Ortega – der neben der Kontrolle der Justiz und der Wahlbehörde inzwischen fast alle Exekutivorgane, einschließlich der Nationalpolizei, von sich abhängig gemacht hatte – zum Staatsstreich und liquidierte die Präsenz der Opposition in der Nationalversammlung, indem er ihr die Teilnahme an den Wahlen verweigerte.

Im Unterschied zu anderen autoritären Regierungen auf dem Kontinent ist die nicaraguanische Regierung „sultanistisch“. Der Begriff, der von dem spanischen Politologen Juan Linz geprägt wurde, bezeichnet einen Autoritarismus, bei dem es zur Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen kommt und bei dem der Caudillo in allen Bereichen der Politik allgegenwärtig ist, ohne ideologisches oder programmatisches Ziel, außer dem, an der Macht zu bleiben. Ein gutes Beispiel ist die venezolanische Zusammenarbeit. Angeblich auf staatlicher Ebene gegründet, genehmigte Chavez Ortega, dass die Wirtschaftshilfe – mit einem Gesamtvolumen von fast 5 Milliarden Dollar (40% des nicaraguanischen BIP im Jahr 2017) – außerhalb des Staatshaushalts von privaten Unternehmen verwaltet wird, die von der Familie Ortega kontrolliert werden.

Sultanistische Regime tendieren zu Familienmacht und dynastischen Nachfolgen. In diesem Sinne ist der Orteguismus auch auf amerikanischer Ebene einzigartig. Bei den Scheinwahlen von 2016 ernannte Ortega seine Frau Rosario Murillo – die bereits de facto Premierministerin und das sichtbarste Gesicht der Regierung war – zur Vizepräsidentin und damit zur unmittelbaren Nachfolgerin in der Präsidentschaft. Fast alle ihre Kinder arbeiten offiziell als Sonderberater der Präsidentschaft, und einige wurden als zukünftige Führer des Landes positioniert.

In seinem Sultanismus und im faustischen Tauschgeschäft der Stabilität durch autoritäre Macht, den er den Eliten anbot, ist der Orteguismus eine getreue Nachahmung des politisch-familiären Projekts der Somozas im zwanzigsten Jahrhundert. Er ist allerdings auch den gleichen Schwächen ausgesetzt. Sultanistische Regime, wie Linz sie beschrieben hat, garantieren selten die dauerhafte Stabilität, die sie nach außen demonstrieren.

Merkmale der Krise

Niemand konnte vorhersagen, dass die Krise des Ortegaismus im April 2018 beginnen würde, mit Protesten gegen den Abbau der Sozialversicherung. Aber wie beim Somozismus 1978-79 führte die Häufung von Korruption, sozialen Missständen und politischer Repression dazu, dass die Bevölkerung – ohne die Möglichkeit zu haben, zur Wahl zu gehen – von der Straße Besitz ergriff. Ortega, ebenso wie Somoza, unterdrückte gewaltsam die Herausforderung auf der Straße und erzeugte eine Spirale von Unterdrückung-Protest-Unterdrückung. Obwohl die Gewalt überraschend kam, musste sie unvermeidlich heftige Proteste auslösen, da alle demokratischen Räume geschlossen waren.

Die Demonstrationen begannen in Managua, breiteten sich aber schnell im ganzen Land aus. Studentengruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Bauernorganisationen, [unabhängige] Medien und Wirtschaftsverbände beteiligten sich an den Protesten und an der Zerstörung der Plakate und Symbole der personalistischen Propaganda von Ortega und Murillo. Die massive Form der Revolte und ihr klassenübergreifender und multisektoraler Charakter lassen nur eine von zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder verlor die FSLN von einem Tag auf den anderen einen außergewöhnlichen Teil ihrer Anhängerschaft oder sie hatte nie die Unterstützung, die sie vorgab.

Ortega verlor auch seine Allianzen unter den Eliten, dem Grundpfeiler des Regimes. Es nutzte den führenden Unternehmern wenig, die Zusammenarbeit auf der Grundlage des Stabilitätsversprechens fortzusetzen, als die Repression das Land in ein Chaos gestürzt hatte. Nachdem die nicaraguanische Bischofskonferenz von der Regierung ersucht worden waren, Vermittler in einem Nationalen Dialog zu sein, um einen Ausweg aus der Krise zu verhandeln, gelangten die Bischöfe infolge der Unterdrückung und der Zunahme der Zahl der Todesopfer zu dem Schluss, dass die Demokratisierung durch vorgezogene Wahlen der einzige Weg sei, um eine friedliche Lösung zu gewährleisten.

Da Ortega isoliert war, wählte er den Weg der Unterdrückung und schloss die Möglichkeit vorgezogener Wahlen aus. Ohne jegliche Zugeständnisse griff er in den ersten Monaten auf die Polizei und paramilitärische Kräfte zurück, um die Bevölkerung zu terrorisieren und die Hunderte von Barrikaden und Straßensperren zu beseitigen, die die wichtigsten Instrumente des Protestes waren. Der übermäßige Einsatz von Gewalt hat nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) in den ersten drei Monaten der Krise rund 300 Menschenleben gefordert. Angesichts der relativ kleinen Bevölkerung des Landes ist dies einer der schlimmsten Fälle von staatlicher Gewalt in Lateinamerika seit den demokratischen Übergängen der 1980er Jahre.

Selbst wenn es Ortega gelingt, eine gewisse territoriale Kontrolle wiederzuerlangen, wird es für ihn schwierig sein, diese Strategie auf unbestimmte Zeit zu verfolgen. Erstens: Indem die Regierung die linke Programmatik sozialer Forderungen der 1980er Jahre aufgab, verlor sie die Volksbasis, die bereit gewesen wäre, sie spontan zu verteidigen. Dies ist einer der Hauptunterschiede zum venezolanischen Fall, in dem Chávez' populistisches Projekt großen, zuvor marginalisierten Bevölkerungsgruppen eine Stimme gab, von denen einige nun die Regierung von Maduro aus ernsthafter Angst unterstützen, dass sein Untergang das Ende der sozialen Errungenschaften der bolivarianischen Revolution bedeuten würde. Zweitens: Da Ortega das

Wirtschaftsmodell des freien Marktes konsolidiert hat, hat der Privatsektor, jetzt im Widerspruch zu seinem Regime, mehr Handlungsspielraum und Auswirkungen auf die Wirtschaft als die venezolanischen Unternehmen.

Bisher beteiligt sich die Armee nicht direkt an der Repression, aber auch nicht an der Entwaffnung der paramilitärischen Kräfte. Ihre Rolle in der Zukunft wird entscheidend sein. Wenn sie an der Repression mitwirkt, könnte sie zwar die Rebellion kurzfristig zerschlagen, müsste aber langfristig mit intensiverem Widerstand rechnen, denn Massaker und willkürliche Verhaftungen werden die Wut der Bevölkerung noch weiter anwachsen lassen. Aufgrund der durch die Unterdrückung und den totalen Bruch mit den Eliten hervorgerufenen Zurückweisung durch die Bevölkerung gibt es in Nicaragua keine Perspektive auf Regierungsfähigkeit, wirtschaftliche Stabilität oder sozialen Frieden, solange Ortega nicht den Weg zu einem demokratischen Übergang öffnet.

Unterdessen wird die Wirtschaft 2018 schrumpfen und die Entwicklung eines Landes behindern, das bereits zu den ärmsten und ungleichsten der Welt gehört. Menschenverluste und Verletzungen von Grundrechten werden weiter zunehmen. Ein Bürgerkrieg wie der von 1979, als der Wettbewerb zwischen den Großmächten und die ideologische Polarisierung des Kalten Krieges die Länder der Dritten Welt mit Waffen füllte, ist heute schwer vorstellbar. Es besteht jedoch die Gefahr, dass einige Bevölkerungsgruppen zu den Waffen greifen und die menschlichen Folgen der Krise verschärfen.

Risiken für die Region

Lateinamerika bleibt auch nicht von den Nebenwirkungen der Ereignisse in Nicaragua unberührt. So wie sich Somoza im Kampf gegen den Kommunismus als treuer Verbündeter der USA präsentierte, hat Ortega seinen vermeintlichen Erfolg verkündet, indem er vorgab, den Vormarsch der Maras [Jugendbanden] und der Kartelle des Drogenhandels im sogenannten nördlichen Dreieck Mittelamerikas (El Salvador, Guatemala und Honduras) gestoppt zu haben. Nicaragua war jedoch bereits vor 2006 eines der sichersten Länder der Region. Durch die Erosion der Rechtsstaatlichkeit und die Zulassung grassierender Korruption hat Ortega vielmehr das Risiko erhöht, dass transnationale Kriminalität in das Land eindringt. Die durch die Krise entstandene Anarchie erhöht dieses Risiko noch weiter, und diese Gruppen könnten ihre territoriale Kontrolle nun auf den Süden ausdehnen. Darüber hinaus könnten Unsicherheit und wirtschaftliche Katastrophen eine Flüchtlingskrise auslösen, die schließlich alle Länder in der Landenge und die umliegenden Länder wie Mexiko und sogar die USA betreffen würde.

Auch die fragile Entwicklung der mittelamerikanischen Länder steht auf dem Spiel. Die Instabilität in Nicaragua aufgrund seiner Lage im Zentrum der Landenge schafft Probleme für den Transit von Waren in einer Subregion mit großer wirtschaftlicher Interdependenz aufgrund der Integrationsabkommen und des mit den USA unterzeichneten Freihandelsabkommens.

Hinzu kommt das politische Risiko. In den 1980er Jahren setzten die Abkommen von Esquipulas den politisch-militärischen Konflikten und ausländischen Interventionen in Mittelamerika ein Ende und führten zur allmählichen Errichtung demokratischer Regimes. So wie die demokratisierende „dritte Welle“ ansteckend war, könnte sich der Autoritarismus wie ein Virus verbreiten, wenn Diktatoren wie Ortega an der Macht bleiben.

Optionen für die internationale Gemeinschaft

Aufgrund der politischen und geografischen Besonderheiten Nicaraguas gibt es einzigartige Bedingungen für die internationale Beteiligung an der Lösung der Krise. Erstens wird es einfacher und schneller möglich sein, einen internationalen Konsens gegen das Ortega-Regime zu finden als in Venezuela. Da Ortega kein Modell der Linken umsetzte – und im Lauf der Jahre sogar von den anerkanntesten intellektuellen und politischen Persönlichkeiten der sandinistischen Revolution der 1980er Jahre verlassen wurde –, werden nur wenige seine Regierung aus ideologischen Gründen verteidigen, wie sich an den Distanzierungen von Organisationen und Persönlichkeiten der internationalen Linken ablesen lässt.

Diese Tatsache, zusammen mit dem schwindenden Einfluss Venezuelas auf die lateinamerikanische Geopolitik, hat es der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ermöglicht, entschiedene Beschlüsse zur Situation in Nicaragua zu fassen. Außerdem ist Nicaragua kein Ölland, mit den diplomatischen Loyalitäten, die durch die Ölgeopolitik Venezuelas entwickelt wurden. Es ist auch kein wichtiger strategischer Faktor für Großmächte wie Russland und China: Das von der chinesischen Gruppe HKND 2013 vorgeschlagene Projekt zum Bau eines neuen transozeanischen Kanals in Nicaragua scheint heute keine Zukunft mehr zu haben. Die nicaraguanische Wirtschaft ist daher anfälliger für äußeren Druck.

Die CIDH und der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) erkennen, dass es in Nicaragua keine militärische Konfrontation zwischen zwei bewaffneten Gruppen gibt, sondern eine staatliche Repression gegen eine unbewaffnete Bevölkerung. Für eine tragfähige Lösung muss die internationale Gemeinschaft die Krise in Nicaragua von diesem Prisma aus angehen. Jede Mediation muss die nicaraguanische Regierung auffordern, die Repression einzustellen und die paramilitärischen Kräfte zu entwaffnen. Jeder Druck muss multilateral sein; einseitige Maßnahmen der USA könnten Misstrauen in der Region erzeugen und den in der OAS erzielten Konsens verwässern. Die Erfahrungen von Esquipulas und sogar die internationale Isolation des Somoza-Regimes im Jahr 1979 zeigen, dass der Multilateralismus einen wirksamen Beitrag zum demokratischen Wandel leisten kann.

Der Vergleich mit Venezuela wird nützlich sein, solange man die Unterschiede zwischen Nicaragua und dem südamerikanischen Land mit den reichsten Ölreserven der Welt erkennt, was Chávez erlaubt hatte, ein Programm der radikalen Transformation zu starten. Wenn es eine nützliche Lehre aus dem venezolanischen Fall gibt, so die, dass sich die Krise – so verschieden sie auch sein mag – ohne ein wirksames internationales Vorgehen vertiefen könnte. Ortega könnte auch die Strategie von Maduro verfolgen und internationale Dialoge in Fallen verwandeln, um Zeit zu gewinnen.

Es ist jedoch wichtig zu bedenken, dass sich die historisch-politische Entwicklung Nicaraguas von der anderer lateinamerikanischer Länder unterscheidet, und diese Besonderheiten sind von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der wichtigsten Merkmale, internationalen Risiken und möglicher Lösungen für diese Krise. Mit anderen Worten, wenn die internationale Gemeinschaft verhindern will, dass die nicaraguanische Krise „das nächste Venezuela“ wird, muss man zunächst verstehen, dass Nicaragua nicht Venezuela ist.

Quelle: Estudios de Política Exterior, n° 185, septiembre-octubre 2018;
<https://www.politicaexterior.com/articulos/politica-exterior/nicaragua-no-venezuela/>

Aus dem Spanischen von Manfred Liebel